

Die Schweiz und ihre Beziehungen zu Europa:

Wie geht es weiter?

Was die EU will, ist klar: Ohne die Personenfreizügigkeit geht gar nichts. Was aber will die Schweiz? Alle warten auf den Abend des 30. November. Denn dann wird klar sein, ob die Zuwanderungsstopp-Initiative Ecopop angenommen wird. Seit dem Ja zur SVP-Abschottungsinitiative im Februar steht die Schweiz auf der Kippe: Konzerne investieren keinen Franken mehr. Ihre Planungsstäbe erarbeiten B-Pläne für den Auszug aus der Schweiz. Die Massenmedien fragen sich, in welchen Wind sie ihre Fahne hängen sollen. Viele Politikerinnen und Politiker halten sich bedeckt. Sie wetzen die Messer für die Debatte über die Personenfreizügigkeit mit der EU nach dem 30. November. Doch die wird es nur geben, wenn die Schweiz klar Nein sagt zur Ecopop-Initiative.

Rückwärtsgang

Denn wird die absurde Initiative angenommen, legt die Schweiz den Rückwärtsgang ein. Mit Vollgas in die Isolation, in den wirtschaftlichen Rückgang, in Lohndumping und den Zusammenbruch der AHV. Dann wären die Bilateralen tot. Und die Schweiz ohne geregelte Beziehungen zu ihren Nachbarn. Die Industrie würde abwandern. Ohne Werkplatz, ohne Wissensplatz verkäme die Schweiz zum Steuerparadies für Multis. Den Arbeitenden blieben dann nur noch Dienstleistungsjobs für die Reichen. Doch auch mit einem Nein zum „programmierten Selbstmord“ (Gewerkschaftsbund-Präsident Paul Rechsteiner zu Ecopop) wird die Erleichterung nur von kurzer Dauer sein. Gewisse Unternehmer denken, sich mit der Abschottung à la SVP arrangieren zu können. Sie spekulieren darauf, Fachkräfte auch ohne Personenfreizügigkeit zu bekommen. SVP-Führer Christoph Blocher hat ihnen das versprochen. Und erst noch mit Gewinn: Fällt die Personenfreizügigkeit und damit der Europäervorrang, können noch billigere Fachkräfte von ausserhalb der EU herangekarrt werden. Die sind heute scharf kontigentierte. Trotz Abschottung verlangten die Konzerne im August die Erhöhung dieser Kontingente. Mit der Personenfreizügigkeit würden wohl auch die flankierenden Massnahmen zum Schutz der Löhne und Arbeitsbedingungen in der Schweiz fallen. Etabliert die Schweiz dann auch noch ein neues Saisonierstatut und andere Kontingente, wie die Blocher-Partei das will, werden die Firmen die Löhne aller Arbeitenden drücken. Auch jene der Einheimischen. Das hat die Erfahrung mit dem Saisonierstatut gezeigt, das bis 2002 die Zuwanderung in die Schweiz regelte.

Kontingente

Die Personenfreizügigkeit ist ein Kernstück der bilateralen Verträge. Für die EU ist die freie Niederlassung mehr als ein technisches Abkommen: eine Art Verfassungsgrundsatz. Als der britische Premier David Cameron daran kratzte, machten ihm die anderen Regierungschefs Europas sofort klar: Die EU und ihre Vorteile, die gibt es nur mit der Personenfreizügigkeit. Dasselbe gilt für die Schweiz, schrieb Catherine Ashton, die damalige EU-Kommissarin für die Aussenbeziehungen, dem Bundesrat im Sommer. Der Brief war die Antwort auf den Schweizer Versuch, sich in die Tasche zu lügen. Nach der Abstimmung vom 9. Februar sagte der Bundesrat, die Schweiz habe sich für „einen Systemwechsel in der Zuwanderungspolitik“ entschieden. Nun sollen wieder Kontingente her. So steht es im „Umsetzungskonzept“ des Bundesrates vom 20. Juni. Und am 8. Oktober teilte er mit, man wolle „mit der EU über die Personenfreizügigkeit verhandeln“. Doch selbst Staatssekretär Yves Rossier räumt ein: „Mengenmässige Beschränkungen sind mit dem Prinzip der Personenfreizügigkeit nicht vereinbar.“ Die Europäer warten auf einen Vorschlag der Schweiz. Immerhin: In der Diskussion über das Verhandlungsmandat vermeidet der Bundesrat vor den aussenpolitischen Kommissionen neuerdings das Wort „Kontingente“.

Bündnispartner

Aussenminister Didier Burkhalter, FdP, möchte das Volk schon 2016 über eine Lösung abstimmen lassen. Wie die aussehen könnte, weiss heute niemand. Die Wirtschaftsverbände wollen möglichst hohe Kontingente und so viele Ausnahmen wie möglich (so sollen etwa die Grenzgänger nicht eingerechnet werden). Die Gewerkschaft Unia und der SGB lehnen Kontingente (etwa das Saisonierstatut) ab, kämpfen gegen jede Diskriminierung und für verstärkte Flankierende. Auch die Grünen und die SP wollen statt Kontingente innere Reformen, die mehr Inländerinnen und Inländer in den Arbeitsmarkt integrieren. Dafür brauchten sie allerdings einen Bündnispartner. Einen neuen sozialen Kompromiss. Nur: Die Arbeitgeber zeigen wenig Neigung zu einem solchen Kompromiss. Zu verlockend scheint vielen von ihnen der Bruch mit den Resten der Sozialpartnerschaft, die 30 Jahre Neoliberalismus überstanden haben. Eine entscheidende Frage wird sein, wie viel von den Verträgen mit der EU übrigbleibt, wenn die Personenfreizügigkeit fällt. Fallen dann auch die Handelserleichterungen? Fallen Schengen und Dublin? Die Schweiz schiebt mehr als andere Länder Flüchtlinge zu den Nachbarn ab. Fallen überhaupt die ganzen Bilateralen? Blocher würde das freuen. FdP-Nationalrat und Unternehmer Ruedi Noser ebenso: Ein Teil des bürgerlichen Lagers hat damit begonnen, die Bilateralen zu demontieren. Da liegt der Kern von Blochers Projekt: freier Verkehr für seine Chemiewaren, doch Zwang, Tieflohne und Rechtlosigkeit für die Arbeitenden.

Oliver Fahrni.

Work, 21.11.2014.

Personen > Fahrni Oliver. Personenfreizügigkeit. Saisonierstatut. Work 2014-11-21